

Die Gründung der Republik Deutschösterreich

Vor allem die Sozialdemokraten, die sich als Gründer der Republik betrachteten, hielten die Erinnerung an den 12. November 1918 aufrecht. Dementsprechend zeigt das 1928 neben dem Parlament errichtete Republikdenkmal die Büsten dreier sozialdemokratischer Politiker: Des Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei und Mitbegründers der Ersten Republik Victor Adler, des Wiener Bürgermeisters Jakob Reumann und des Gründers der Arbeiterkammer Ferdinand Hanusch. 1934 wurde es zuerst verhüllt, dann abgetragen, in der Stadionhalle gelagert und zum 30. Jahrestag der Ausrufung der Republik, am 12. November 1948, restauriert und wieder aufgerichtet. Der tatsächliche Staatsgründungstag des posthabsburgischen Österreich, der 30. Oktober 1918, ist hingegen nicht im öffentlichen Gedächtnis verankert.

Am 21. Oktober 1918 traten die Abgeordneten der deutschen Parteien im niederösterreichischen Landtagssitzungssaal in der Herrngasse zusammen, um „für das deutsche Volk in Österreich“, einschließlich Deutschböhmens und den Sudetenländern, eine Provisorische Nationalversammlung zu konstituieren. Sie bestand aus 216 Mitgliedern, basierend auf den Ergebnissen der letzten Wahlen von 1911, aus ihren Reihen wurden drei Präsidenten gewählt. Die Aufgabe der Provisorischen Nationalversammlung war die Errichtung des unabhängigen Staates „Deutschösterreich“, die am 30. Oktober beschlossen wurde. Die Frage der Staatsform blieb noch offen, die Staatsfarben wurden von Schwarz-Gelb auf Rot-Weiß-Rot geändert. Der neue Staat verstand sich nicht als Rechtsnachfolger der Monarchie, dennoch galten deren Gesetze und Einrichtungen, sofern sie nicht aufgehoben wurden, als provisorische Verfassung und waren teilweise noch jahrelang gültig. Das Staatsgrundgesetz von 1867 steht bis zum heutigen Tag im Verfassungsrang.

Obwohl die sozialdemokratische Fraktion die zahlenmäßig schwächste war, übernahm sie bald die politische Führungsrolle. Eine erste deutschösterreichische Regierung unter der Leitung des neu bestellten Staatskanzlers Karl Renner nahm ihre Tätigkeit auf, Staatssekretär des Äußeren wurde der bereits schwer herzkrankte Victor Adler. Parallel dazu bestanden die kaiserlichen Ministerien weiter, die allerdings nur noch die Liquidierung der alten Staatsmacht als Aufgabe hatten.

Am 11. November verzichtete Kaiser Karl auf jeglichen Anteil an den Regierungsgeschäften, erkannte „im voraus [...] die Entscheidung an, die Deutschösterreich über seine künftige Staatsform trifft“ und verließ Schloss Schönbrunn für immer. Karl Renner brachte im Staatsrat einen Gesetzesentwurf ein, der für Deutschösterreich die Staatsform einer Republik und den Anschluss an Deutschland vorsah. Am selben Tag starb Victor Adler, der noch an dem Entwurf mitgearbeitet hatte.

Am Vormittag des 12. November 1918 wurde vor dem Parlament das letzte Mal die schwarz-gelbe Flagge der Monarchie auf- und kurz darauf wieder eingezogen: Die letzte Sitzung des Reichsrates dauerte nur einige Minuten. Ab 15 Uhr tagte die Nationalversammlung, die das Gesetz über die Staatsgründung einstimmig annahm. Im Artikel 1 wird „kraft Beschlusses der Provisorischen Nationalversammlung“ Deutschösterreich als demokratische Republik ausgerufen, die sich im Artikel 2 als Bestandteil der Deutschen Republik erklärt und sich damit paradoxerweise sofort wieder ihrer Souveränität beraubt.

Das Wetter war, der Jahreszeit entsprechend, kühl und regnerisch. Dennoch waren die Menschen, den Aufrufen in den Zeitungen folgend, zum Parlament geströmt, um der Proklamierung der Republik beizuwohnen. Eine unüberschaubare Menschenmenge wartete, als um 15.55 Uhr die Abgeordneten auf die Parlamentsrampe traten und Präsident Franz Dinghofer von der deutschnationalen Partei den Gesetzesbeschluss bekannt gab. Als die rot-weiß-rote Fahne gehisst werden sollte, rissen Mitglieder der Roten Garde, des militärischen Arms der neugegründeten Kommunistischen Partei, den weißen Mittelstreifen heraus, die nunmehr nur noch roten Fahnen wurden hochgezogen. Rotgardisten, darunter der Journalist Egon Erwin Kisch, erstürmten die Rampe und forderten die Bildung einer Arbeiter- und Bauernregierung. Fenster wurden eingeschlagen, Glastüren zertrümmert. Ein Geräusch, das sich wie ein Schuss anhörte, aber nur vom Herablassen eines Rollbalkens verursacht wurde, führte zu einem Schusswechsel, bei dem es Verwundete gab, vor dem Parlament kam es zur Panik, die Menschen ergriffen die Flucht, ein Kind und ein Mann wurden zu Tode getrampelt. Die Rotgardisten zogen nach Verhandlungen mit dem sozialdemokratischen dritten Präsidenten Karl Seitz und der ehrenwörtlichen Versicherung, dass sich keine Waffen im Parlament befänden, ab.

Nach diesen Vorfällen ging die Nationalversammlung zu den weiteren Tagesordnungspunkten über. In den Krankenhäusern mussten Dutzende Verletzte versorgt werden, aber am Abend waren Kinos – immerhin 155 in Wien – und Lokale überfüllt. Der Schriftsteller Arthur Schnitzler notierte in sein Tagebuch: „*Ein welthistorischer Tag ist vorbei. In der Nähe sieht er nicht sehr großartig aus*“.

Anschlussintendenzen 1918

Aus zeitgenössischer Sicht muss der Anschlussgedanke von 1918 mit anderen Augen beurteilt werden als rückblickend und mit dem Wissen um die Ereignisse von 1938.

Der Wille zum Anschluss an Deutschland war 1918 parteiübergreifend. Die Alternative, ein Staatenbund mit den Nachfolgestaaten der Monarchie, war nicht zu verwirklichen. Der emotional schwierige Schritt vom Großreich zum Kleinstaat, mangelndes Vertrauen in die eigene Kraft, die zerstörten wirtschaftlichen Grundlagen und die fehlenden Ressourcen des ehemals großen Wirtschaftsraums ließen an der Lebensfähigkeit des neuen Staates, der noch ohne fixe Grenzen war, zweifeln. Für die Deutschnationalen war der Anschluss immer oberstes Ziel gewesen, die Sozialdemokraten sahen in der hochentwickelten Industrie und der gut ausgebauten sozialdemokratischen Bewegung in der jungen deutschen Republik die besten Chancen für eine Verwirklichung des Sozialismus. Die Christlichsozialen zogen nach kurzem Zögern und zum Teil halbherzig mit.

Allerdings standen viele deutsche Politiker den Anschlussbestrebungen reserviert gegenüber. Im Friedensvertrag von St. Germain 1919 untersagten die Siegermächte den Anschluss Deutschösterreichs an Deutschland und die Republik Österreich, wie sie nun hieß, fand ihren selbständigen Weg. Bis 1933 hatten die Sozialdemokraten den Anschlussparagraf im Parteiprogramm, dann ließ ihn ihr Chefideologe Otto Bauer streichen, da jedem Arbeiter und Sozialdemokraten in Österreich klar sei, „*daß wir den Anschluß an die deutsche Republik, aber nicht an das Zuchthaus Hitlers wollten*“.